

Protokoll der Vollversammlung am 8.11.2006

TOP 0 Formalia

Begrüßung durch Johannes Waldschütz. Die Vollversammlung ist mit ca. 700 Anwesenden beschlussfähig. Als Sitzungsleitung werden Julian Karwath und Johannes Waldschütz vorgeschlagen. Dieser Antrag wird angenommen.

Die Geschäftsordnung wird vorgestellt und abgestimmt, bei wenigen Enthaltungen angenommen. Die Tagesordnung wird vorgestellt:

TOP 0: Formalia

TOP 1: u-asta-Vorstellung

TOP 2: Studiengebühren

TOP 3: Proteste und Aktionen

TOP 4: Grundsatzbeschuß zum Jubiläum

Es wird beantragt, TOP 2 vorzuziehen. Dieser Antrag wird mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Die somit unveränderte Tagesordnung wird mit großer Mehrheit angenommen

TOP 1: u-asta-Vorstellung

Referate:

- Presse-Referat: Jonathan Cohen und Arne Scheffler stellen das u-asta info vor, Referatstreffen sind donnerstags um 18 Uhr im Studierendenhaus.
- qffr: Katharina Eichler stellt die Planungen für's Semester vor: Filmvorführungen, Erstellung einer Broschüre über den Zusammenhang von Sprache, Macht, Sexismus.
- Ideologiekritik: Nihat Özkaya stellt das Referat vor, dessen Ziel es ist, herrschende Erklärungsmuster zu hinterfragen. Referatstreffen sind immer montags um 19.30 Uhr im Studierendenhaus. Nächste Veranstaltung ist ein Vortrag zum Thema „Libanon“.
- SchwuLesBi: Sabrina Schröder stellt das Referat als Anlaufstelle für alle homo- und bisexuellen Studierenden vor. Die Referatstreffen sind immer montags um 19 Uhr im Studierendenhaus. Lina Wiemer weist auf geplante Veranstaltungen (Wanderung, Pink Party, Pink Café) hin.

Es wird der Antrag gestellt, die VV in die Aula zu verlegen. Pro: Mehr Teilnehmende möglich. Contra: Zeit- und wohl auch Teilnehmendenverlust; Bitte um zusammenrutschen. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Vollversammlung rückt zusammen, so daß weitere Sitz- und Stehplätze frei werden.

- Kultur: Rebecca Esenwein stellt die Arbeit des Referats (Markt der Möglichkeiten, Kinderfest) vor. Ziel des Referats ist es, Kunst und Kultur zu unterstützen. Das Referat trifft sich immer mittwochs um 12 Uhr im Studierendenhaus.
- FSK: Julian stellt die Arbeit des Referenten vor. FSK ist immer dienstags, 18 Uhr, im Studierendenhaus.

Benny Greschbach stellt das Finanzreferat und die nicht besetzten Referate (Hochschulpolitik, Studieren ohne Hürden, Internationales, Soziales) vor und ruft die Studierenden auf, sich an der Arbeit der Studierendenvertretung zu beteiligen.

Arbeitskreise:

- Umwelt: Natalie Becker stellt den AK vor. Treffen sind immer dienstags, 20 Uhr im Studierendenhaus.
- PR: Robin Gommel stellt den AK vor. Nächstes Treffen Dienstag, den 14.11., 19 Uhr im Studierendenhaus.
- Studiengebührenboykott: Nächstes Treffen am Samstag, den 11.11.2006, 16 Uhr im Studierendenhaus.
- Klage: Peter Lehmann stellt die angestrebte Klage gegen Studiengebühren vor: Diese stützt sich auf die Verfassungswidrigkeit des Gebührengesetzes. Der AK will die Klage organisieren (Rechtsanwalt, Klageschrift usw.) und ruft die Anwesenden auf, sich an der Klage zu beteiligen. Nächstes Treffen am Sonntag, 20 Uhr im Studierendenhaus.

Vorstand stellt sich vor. Die Projekte zu Anfang des Semesters waren (und sind) Erstsemester-Einführung und Boykott.

TOP 2: Studiengebühren

1. Grusswort der PH: Micha Kramer

Micha stellt die Notwendigkeit von Studiengebühren in Frage und verweist darauf, daß Bildung ein Grundrecht (Menschenrechts-Charta, Grundgesetz) ist, auf das laut OECD-Studie schon jetzt selektive deutsche Bildungssystem, den Rückgang der Studierendenzahlen in Österreich nach der dortigen Einführung von Studiengebühren und das Schuldenrisiko für die einzelne/den einzelnen. Zudem setze auf dem Lehrstellenmarkt durch abgeschreckte potentielle Studienanfänger ein Verdrängungswettbewerb ein.

Studiengebühren sollen den Einfluß der Wirtschaft auf die Unis stärken und deren Privatisierung vorantreiben. Die konkrete Umsetzung bestätige dies: Die Studiengebühren erreichen keine Verbesserung. Auch der versprochene Zuwachs an (Mitsprache-)Rechten für die künftigen „Kunden“ ist nicht eingetreten. Eine Erhöhung des Gebührenbetrags ist nicht auszuschließen. Die Landesbank verdient Geld daran, daß ärmere Studis mehr Geld für ihr Studium aufwenden müssen, indem sie einen Kredit aufnehmen und länger daran abzuzahlen haben, insbesondere Frauen, deren Verdienstmöglichkeit immer noch unter denen der Männer liegen.

Alle Argumente, die die Landesregierung im Vorfeld der Gesetzesverabschiedung vorgebracht hat, seien somit obsolet, zumal in Baden-Württemberg immer noch keine Verfaßte Studierendenschaft existiert.

Die Proteste des letzten Jahres haben ihr Ziel nicht erreicht. Daher ist der Boykott letztes legitimes Mittel, sich gegen Studiengebühren zu wehren. Die PH hat den Boykott bei nur 3 Enthaltungen und ohne Gegenstimmen beschlossen. Micha fordert die Vollversammlung auf, es der PH gleichzutun.

2. Zusammenfassung der Kritik durch den u-asta-Vorstand

- Kritik am LHGebG:
 - Auf die 500 Euro, zahlbar von 15.1. bis 15.2., wird der Sozialbeitrag noch draufgeschlagen.
 - Zu wenige Befreiungstatbestände
 - Kann-Bestimmungen nur für gute Leistungen sind völlig unzureichend.
 - Das Darlehen wird mit knapp 6% für Studierende sehr hoch verzinst.
- Kritik an Studiengebühren allgemein:
 - ungerecht aufgrund des abschreckenden Effekts auf „bildungsferne“ Schichten, Erfahrungswert aus NRW: 5% weniger Studierende
 - lösen keine Probleme

- Rücklagen, Verwaltungsaufwand, Finanzierung der verschiedenen bisher vom Land unterhaltenen Zentren verschlingen unverhältnismäßig viel Geld
- 10% Einsparung an der Universität in den letzten zehn Jahren, frei verfügbare Studiengebühren zur Verbesserung der Lehre 2% des Uni-Haushalts
- Mitspracherechte gleich null: Rektor muß sich lediglich das „Benehmen“ einholen.
- Rückzug des Landes aus der Bildungsfinanzierung durch auslaufende Zahlungen, längerfristig Anstieg der Gebühren nicht auszuschließen

3. Boykott

Benny Greschbach erklärt Boykott

Allgemeines:

- letzte Chance, Studiengebühren zu verhindern
- Risiko der Exmatrikulation besteht
- Absicherungsstrategie: durch Mindestbeteiligung und Treuhandkonto soll dieses Risiko minimiert werden
- Forderung bei Erreichen des Quorums: diejenigen, die boykottiert haben, sollen trotzdem rückgemeldet werden
- bei erfolgreichem Boykott im nächsten Semester wiederholen bis faktische Abschaffung der Gebühren erreicht ist

Ablauf/technische Details:

- Anwalt verwaltet Konto
- Stichtag um den 15.2. herum: liegt Beteiligung unter Quorum: Zahlung an Hochschule, Rückmeldung; liegt Beteiligung über Quorum: Verhandlung mit Hochschule und Land, um Forderung durchzusetzen
- Vorschlag für Quorumshöhe: 5500 Personen
- Exmatrikulation bei Erreichen des Quorums an mehreren Hochschulen in Baden-Württemberg ist unwahrscheinlich
- bei knappem Quorum: Rückzug jedereit möglich, Abbruch des Boykotts, Gebühr an Hochschule

Risiko:

- vor Stichtag besteht kein Risiko
- Verhandlungen: Land muss über Exmatrikulation entscheiden

Was spricht gegen Exmatrikulation:

Uni-Ebene

- Ruf der Hochschule, Exzellenzinitiative
- Jubiläum 2007, letztes Jahr des Rektors
- sozialer Frieden nicht mehr gewährleistet

Landesebene

- gesellschaftliche Verantwortung
- Ruf der Landesregierung
- Bedarf an AkademikerInnen

4. Fragen zum Boykott und Diskussion der Beschlußvorlage

Julian Karwath stellt Antrag vor

Fragen:

- Welche anderen Universitäten boykottieren?
 - 11 Hochschulen der LandesAstenKonferenz (Landesweit 10% wenn je 25%)
 - Karlsruhe Uni und Fachhochschulen
 - Freiburg PH
 - Tübingen
 - Heidelberg fraglich
 - Ulm fraglich
 - Stuttgart fraglich
 - Mannheim nicht (Rückmeldung im Dezember)
 - Konstanz nicht (hat momentan keine Studierendenvertretung)
 - mehrere kleinere Hochschulen boykottieren
 - Boykott in anderen Bundesländern: NRW, Niedersachsen, Hamburg

- Bedenken wegen 2. Absatz?
 - Beteiligung hoch genug: Boykott
 - Verhandlung
 - Land kann nicht glaubhaft 30 000 Studierende exmatrikulieren
 - wenn Land überzeugend droht, könnte Boykott abbrechen, weil Leute zurückziehen

- Quorum: Wie viel Prozent braucht man? Risiko?
 - wir entscheiden über Quorum
 - Druckpotential muss groß genug sein
 - wir können das Land nicht fragen
 - Boykottversuch 2003: an 6000 gescheitert
 - Abschaffung der Höregelder in den 70ern nach erfolgreichem Boykott

- Information stimmt nicht: Karlsruhe entscheidet erst demnächst auf Vollversammlung
 - Stimmung in Karlsruhe ähnlich wie Freiburg

- Vorschlag: Teilzahlung; Mittelweg: 150-200 Euro, Garantieforderung für 10 Jahre, könnte Boykott verstärken

- Kann auch boykottieren wer auf das Darlehen angewiesen ist?
 - noch keine Antwort von Hochschulverwaltung
 - Privatkredit geht
 - L-Bank geht höchstwahrscheinlich nicht

- Zahlenmäßig definieren wie hoch Landesquorum ist, sonst Satz streichen
 - Absprachen mit anderen Hochschulen laufen noch
 - wird in AGB stehen

- Was ist mit noch nicht Immatrikulierten?
 - versuchen Schulen zu erreichen
 - wegen Bachelor beginnen wenige zum Sommersemester

- Falls Verhandlungen zustande kommen, haben wir das Problem dass die Landesregierung verzögern kann?
 - Erster Verhandlungsschritt Verlängerung der Zahlungsfrist
 - Fairness: Land und Unis sollen von gewöhnlichen Fristen absehen
 - vor Exmatrikulation erst 2 Mahnungen

- Wie werden die Zentren finanziert, wenn Boykott klappt?
 - wird politischen Prozess in Gang setzen
 - Prioritäten im Landeshaushalt müssen dann anders gesetzt werden
 - Ausgaben für Bildung sind in Deutschland bisher niedrig (im internationalen Vergleich)
- Was passiert mit Leuten, die schon an die Uni überwiesen haben, wenn der Boykott klappt? Ungerecht?
 - das Land ist dann in der Situation, auch die anderen befreien zu können
 - beim nächsten Boykott mehr Leute
- Technische Frage: Was ist mit Semesterbeitrag 105 Euro
 - separat an Universität überweisen
 - wir wollen nicht Studentenwerk oder Semesterticket boykottieren
 - also 2 Überweisungen
- Rechtlich verbindliche Details werden geklärt, wenn Boykott beschlossen ist, und rechtzeitig veröffentlicht (in AGB).
- Warum boykottieren wir nicht 540 Euro?
 - zu kompliziert
 - LHGebG umfasst nicht Verwaltungskostenbeitrag
 - Boykott möglichst einfach halten, um viele Leute zu erreichen
- Zweifel an Verhandlungsbasis? Land holt sich das Geld ein Semester später
 - politischer Schaden ist zu groß

GO-Antrag auf Ende der Debatte, wird zurückgezogen

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung ohne Behandlung der Änderungsanträge; Gegenrede: Thema zu wichtig, Fragen um Fehler zu finden

Der GO-Antrag wird abgelehnt.

Weitere Verständnisfragen:

- wie werden die Anwälte finanziert
 - Nord-ASTen
 - abs
 - Soli-Party
- Hat man Immatrikulationsbescheinigung zum Semesterbeginn?
 - nein
 - AK Info findet heraus, wo nachgereicht werden kann
 - Information wird veröffentlicht
- Geht es um Abschaffung oder um Einfluss erhöhen?
 - Abschaffung
 - Mindestforderung, daß Boykottierende immatrikuliert bleiben
 - Mitspracherechte: selbst mit verfasster Studierendenschaft unzureichend, Umschichtung von bisherigen Landesmitteln: Welches Zentrum bekommt wie viel?
 - Mitsprache grundsätzlich einfordern
- Verhandlungsphase: Nachlaufende Studiengebühren als Verhandlungsposition?
 - Zinslast
 - wer mehr verdient zahlt mehr Steuern, progressives Steuersystem

25% wird an vielen Hochschulen als Quorum gesetzt

- Welche Maßnahmen um den Boykott bekannt zu machen?
 - dafür müssen wir Lösung finden
 - viele müssen sich engagieren

Die Redeleitung bittet alle weiteren Rednerinnen und Redner, sich möglichst kurz (unter zwei Minuten Redezeit) zu fassen.

- Verständnisproblem: Folgen, wenn Uni-Quorum erreicht wird und Landesquorum nicht?
 - beides muss erfüllt werden, sonst Abbruch
 - Landesquorum muss auch als absolute Zahl festgesetzt werden
 - Ziel: 10% der baden-württembergischen Studierenden als Landesquorum, muß noch mit den anderen boykottierenden Hochschulen abgestimmt werden
- Fallen wir aus dem Landesquorum, wenn wir Uni-Quorum nicht erreichen
 - noch nicht abschließend geklärt
 - es müssen beide Bedingungen erreicht werden
- Verhandlungsbasis: Manövrieren wir uns ins Abseits? Was ist die Alternative wenn der Boykott scheitert?
 - es liegt an allen, ob wir es schaffen
 - Sicherheit durch Rückmeldung
 - kein Schaden für uns wenn wir es nicht schaffen
- Verhandlungsposition: 5500 engagierte Studierende können die Universität und das Land in 4 Wochen unter Druck setzen
- Gibt es einen Doppelweg? Oder haben diejenigen Nachteile, die sich nicht beteiligen?
 - Streik ist keine logische Folge von Boykott
 - muss während Verhandlungen geklärt werden
 - wird in späterer Vollversammlung geklärt
- Was passiert wenn Boykott durchgesetzt und Studiengebühren kippen? Rückzahlung in anderen Bundesländern?
 - Boykott läuft in vielen anderen Bundesländern ab Sommersemester
 - Besonderheit NRW: einzelne Hochschule entscheidet, ob sie Gebühren einführt
- Ist eine Rückzahlung bereits bezahlter Gebühren möglich, wenn Boykott erfolgreich?

GO-Antrag auf Bitte um Einstieg im Debatte um Änderungsanträge; formale Gegenrede
GO-Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Änderungsanträge:

- Verankern, dass alle, die boykottieren, sich der Konsequenzen klar sind.
- zuerst Landesquorum klären
- wenn Landesquorum erfüllt, aber Freiburg knapp nicht, trotzdem mitboykottieren
 - Antrag: nur Landesquorum muss erfüllt sein

- Landesquorum muss festgelegt sein: Vorschlag 15%
- Verhandlungspartner steht noch nicht im Antrag
 - u-asta tritt in Verhandlungen ein (Vorstand, Referate, FSK und Vollversammlung)
 - u-asta Vorstand = AStA-Vorstand
 - in Absprache mit anderen Hochschulen
- Zwischenrede: Aufforderung zu Demos
- Mindestregelung zu weich, Forderung: komplette Abschaffung
- Frage: wie viele Studierende gibt es in BW: 242 000 Studierende minus 13 000 an privaten Hochschulen = 229 000

GO: nur noch Änderungsanträge zum Text; keine Gegenrede

Antrag: Falls wir das Hochschulquorum knapp verpassen stimmen wir noch mal darüber ab ob wir überweisen oder nicht.

Es gibt keine weiteren Anträge.

Beratung der Anträge:

1. Änderungsantrag: Jeder Studierende soll über Konsequenzen informiert werden ...

- wird in den AGB stehen
- Absicherung der Initiatoren wichtig
- wichtig dass die Leute sich im klaren sind was sie tun

wird in Beschlußvorlage übernommen.

2. Änderungsantrag: schnellstmöglich Landesquorum klären

- ist kein Antrag, sondern Auftrag
- wird geklärt

3. Änderungsantrag: Wenn generelles Landesquorum erreicht ist, dann ist nur dies entscheidend

- Gegen-Rede: Gefahr dass an einer Uni exmatrikuliert wird, zu riskant
- Pro-Rede: leichter erreicht, knappes Scheitern vermeiden

bei zwei Ja-Stimmen und wenigen Enthaltungen abgelehnt

- Ergänzungsantrag: wenn das Hochschulquorum über 20 aber unter 25% erreicht, aber das Landesquorum erreicht ist, entscheidet eine Vollversammlung wie weiter vorgegangen wird.

- Gegen-Rede: riskant, zum informieren muss die Situation einfach sein
- Pro-Rede: niedrigeres Quorum würde ausreichen

bei vielen Ja-Stimmen abgelehnt

4. Änderungsantrag: Wir setzen uns in der LAK für 15%, aber mind. 10 % als Landesquorum ein

- Pro-Rede: Verhandlungsmasse, Sicherheit, nicht aus politischen Gründen exmatrikuliert werden, Druck von Landesregierung auf Hochschule
- Gegen-Rede: 10% landesweit wird schwierig, gerade im Hinblick auf die vielen (schwer erreichbaren) kleineren Hochschule, zu wenig Personal an manchen Hochschulen, 10% zu erreichen ist schwierig

sehr knapp abgelehnt

- Folge: kein Verhandlungsauftrag, d.h. u-asta verhandelt mit anderen Hochschulen

5. Änderungsantrag: Höchstens 1 Verhandlungsführer pro Hochschule

- sprengt den Text
- Vorschlag: max. 2 Leute pro Hochschule

bei wenigen ja-Stimmen und Enthaltungen abgelehnt

6. Änderungsantrag: Mindestziel: Komplettabstufung statt nur Rückmeldung

- Pro-Rede: muss nicht so genau in Resolution stehen, komplette Ablehnung muß aber deutlich werden
- Gegen-Rede: Komplette Ablehnung steht im ersten Satz; „mindestens“-Forderung (2. Absatz) läuft darauf hinaus dass der Boykott weitergeht
bei wenigen ja-Stimmen und Enthaltungen abgelehnt

Abstimmung der Beschlußvorlage mit Änderungen (nur 1. Änderungsantrag erfolgreich):
bei 3 Gegen-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen

Zur Planung des weiteren Vorgehens trifft sich der AK Boykott am Samstag, den 11.11.2006 um 16 Uhr im Studierendenhaus

Weitere Vorschläge: Spontan-Demo nach VV

TOP 3: Jubiläum

Vorstellung der Anträge:

1. Antrag (Vorstand)
Begründung: Legitimation und Arbeitsgrundlage für Planung
2. Antrag (Philipp Eckstein)
Begründung (vorgelesen)

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung; Gegenrede: zu wichtiges Thema, beide Seiten müssen ihre Argumente vorstellen, Vorschlag: 2 Sprecher pro Seite
GO-Antrag bei einigen ja-Stimmen und Enthaltungen abgelehnt

Pro Vorstandsantrag:

- nur Philipps 3. Absatz und seine Begründung
- Rektor ist nicht gleich Jubiläum
- Jubiläum hat nichts mit Studiengebühren zu tun
- wir haben viele Positionen die wir in die Öffentlichkeit bringen wollen
- Planung: Mundtotjubiläum mit kreativen Aktionen
- wir lassen uns bei unseren Aktionen nicht sagen, was „stören“ ist
- ausdrückliche Distanzierung heißt die Öffentlichkeit nicht nutzen
- Beteiligung notwendig, um die Öffentlichkeit zu erreichen und zu nutzen und zu zeigen, dass wir diese Universität gestalten wollen und die Öffentlichkeit erreichen, Boykott der Veranstaltung erreicht Öffentlichkeit nicht

Pro Eckstein-Antrag:

- versteht Unterschied der Anträge nicht
- Jubiläum maßgeblich von Rektorat mitbestimmt
- ökonomischer Kontext: Werbung für Exzellenz
- Antrag von Vorstand zu schwach
- Aussage des Eckstein-Antrags ist nicht, passiv zu bleiben, sondern aktiv auf Mißstände hinzuweisen, aber nicht feiern
- Konfrontationskurs fahren

- Chance, Öffentlichkeit zu nutzen
- schärfere Formulierung nötig, um sich gegen Rektorat zu behaupten und in der Öffentlichkeit bemerkbar zu machen
- Bitte um Erklärung des Unterschieds

Erklärung des Unterschieds: Ausdrückliche Distanzierung heißt, wir sagen ab und nehmen uns die Möglichkeit mitzugestalten

Pro Eckstein-Antrag:

- Konsens: aktive Mitgestaltung, aber Frage: wie scharf? wie viel trauen wir uns?
- Wenn wir Studiengebühren boykottieren müssen wir harte Forderungen stellen.
- Wir identifizieren uns nicht mit der Universität und ihrem Jubiläum
- Rektor Jäger sieht dies als sein persönliches Jubiläum.
- volle Drohung
- kreative Aktionen
- Wir feiern nicht mit.

Pro Vorstandsantrag:

- Vorstandsantrag ist weitergehend und schließt den anderen Antrag nicht aus
- läßt mehr Möglichkeiten offen
- wir ziehen genauso viel Protest durch mit diesem Antrag, aber wir können auf Zentralen Veranstaltungen (Zukunftskongress) unsere Meinung sagen statt nur vor der Tür zu pfeifen
- Im Jubiläum bekommen wir auch Gelder für unsere Veranstaltung
- Forderung nach Rücktritt Jägers bleibt bestehen.
- Die Entwicklung der Universität über die letzten 550 Jahre hat nicht nur mit Jäger zu tun, sondern mit vielen Vorgängern auf Seiten des Rektorats und der Studierenden(-vertretung).
- Vorstandsantrag ermöglicht kritisches Teilnehmen ebenso wie auf Mißstände mit unseren Mitteln hinweisen.

Alternative Abstimmung:

Vorstandsantrag: ca. 2/3

Ecksteinantrag: ca. 1/3

Enthaltungen: wenige

Damit ist der Vorstandsantrag Beschlußvorlage zur Position der Unabhängigen Studierendenschaft zum 550jährigen Universitätsjubiläum 2007.

Abstimmung der Beschlußvorlage:

bei wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen angenommen

TOP 4: Sonstiges und Termine

- Stadtbauverkauf: 12.11. Bürger-Entscheid
- Freitag, den 1.12., KTS: Boykott-Soli-Party
- Samstag, den 11.11., 16 Uhr, Studierendenhaus: AK Boykott